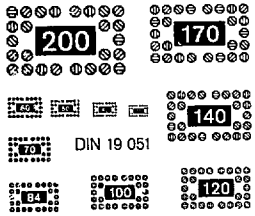

Gegen die Zwangswirtschaft!

Die wirtschaftspolitischen Vorschläge der SPD

Referat von Prof. Dr. Eric Nölting

in der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Vorstandes der Bundestagsfraktion der SPD am Sonntag, dem 1. April 1951, in Bonn.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Hannover, Odeonstraße 15/16

ruck Mannheim-Seckenheim

A 97 - 04623

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite:
Die Renaissance des Liberalismus	1
Erhards „soziale Marktwirtschaft" in der Krise!	2
Die verfehlten Rettungsversuche der „sozialen Marktwirtschaft"	5
Die SPD macht Zwangswirtschaft nicht mit	6
Die Planwirtschaft der westlichen Demokratien	8
Planwirtschaft ist Lenkungswirtschaft!	9
Das wirtschaftspolitische Programm der SPD	11
Die Symptome der Wirtschaftskrise	12
Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise	13
Die falsche Preispolitik der Bundesregierung!	16
Die falsche Investitionspolitik der Bundesregierung!	20
Die Vorschläge der SPD zur Kapitallenkung	21
Die Kreditpolitik leidet an dogmatischer Starrheit!	25
Die deutsche Außenhandelsverschuldung	27
Die Wirtschaftskrise gehört zum Wesen kapitalistischer Marktwirtschaft	29

Prof. Dr. Eric Nölting:

Die Renaissance des Liberalismus

Werte Genossinnen und Genossen! Ich bekam im Sanatorium in Orb erst ziemlich spät vom Genossen Ollenhauer den Auftrag, dieses Referat zu übernehmen. Fern von aller zweckdienlichen Literatur habe ich versucht, das zusammenzustellen, was mir einfiel. Ich bitte also um mildernde Umstände und ich hoffe, daß nachher die Aussprache versierter Sachverständiger die Dinge vertieft, die ich Ihnen jetzt kurz vortragen möchte.

In den Jahren der großen Krise von 1929 bis 1932 saß der wirtschaftliche Liberalismus allgemein auf der Anklagebank. Sechs bis sieben Millionen Arbeitsloser allein in Deutschland sprachen ihm das Vernichtungsurteil; und es war damals auch eine weitgehende Bereitschaft vorhanden, von diesem Liberalismus abzurücken, ihn ideologisch preiszugeben und zu einer neuen Wirtschaftsverfassung überzugehen. Dann kam das Dritte Reich. Im Dritten Reich war, wie ihr wißt, jede wirtschaftspolitische Diskussion eingefroren. Liberalismus galt als Schimpfwort, noch stärker als Sozialismus, den man immerhin durch „Nationalsozialismus" bastardieren und umfälschen konnte. Im übrigen schrieb man ja damals auf Befehl gemäß der Sprachlenkung, die Josef Goebbels anordnete.

Seit 1945 — und damit wird es für uns nun interessant — hat sich unverkennbar eine weitgehende Rehabilitierung und Retablierung und Renaissance des wirtschaftlichen Liberalismus vollzogen. Ein Ausschlagen des Stimmungspendels zugunsten des Liberalismus ist deutlich wahrnehmbar. Die heftige Reaktion gegen den totalitären Staat führte in weiten Schichten der Bevölkerung zu einer Antistaatspsychose, zu einem Antistaatskomplex; und bei den Menschen, die man jahrelang aufgefordert und die man gezwungen hatte, sich einem Gemeinwohl unterzuordnen, dessen Brüchigkeit und dessen Anrüchigkeit immer mehr vor aller Augen hervortrat, war eine weitgehende Neigung vorhanden, in jedem Staatseingriff, in jeder Lenkungsmaßnahme bereits ein Übel an sich zu sehen. Sehen Sie, ein Bewirtschaftungssystem, dessen Kanäle ja immer mehr austrockneten, das in einen immer sinnloseren Leerlauf, in ein, ich möchte sagen surrealistisches Scheindasein hineingeriet, dessen Ab-

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

A 97 - 04623

laufkanäle durch Schwarzhandel immer mehr versandeten, ein solches Wirtschaftssystem fordert geradezu zu Hohn und Verachtung heraus. Ein ganzes Volk war ja damals praktisch zu Tippelbrüdern auf den Straßen der Ungesetzlichkeit geworden. Was man an Freiheitsschwund, was man an wachsender Unordnung erlebt hatte, schrieb man unkritisch auf den verhaßten Staatseingriff zurück; und in der künftigen Vermeidung solcher Staatseingriffe sah man bereits die Garantie künftiger sozialer Harmonie. So wuchs der Mythos des freien Marktes, der Wettbewerbswirtschaft, der freien Unternehmerinitiative. Diese Redogmatisierung des liberalen Wirtschaftsprinzips wurde immer stärker zur Ideologie der wirtschaftlichen Führungsschicht, und gewisse Erfolge — ich will lieber sagen: Scheinerfolge, die ja mit der Währungsreform und vor allem mit dem Marshallplan verbunden waren — dienten zur Bestätigung. Hayek und Röpke und Eucken stiegen als Dreigestirn am Himmel auf, und Herr Erhard wurde ihr Prophet und ihr Trommler. Es war interessant, daß noch die wirtschaftlichen Bestandsaufnahmen zur diesjährigen Jahreswende, die üblichen Rückblicke, die die Zeitungen zu Sylvester brachten, durchweg auf eine fast uneingeschränkte positive Beurteilung der unter Erhard erzielten Wirtschaftserfolge gestimmt waren. Der optimistische Grundton war durchaus vorherrschend, und unsere Kritik wurde ja weitgehend als Geunke berufsmäßiger Nörgler und Schwarzseher abgetan, als das Ressentiment der Überspielten und Schlechtweggekommenen.

Erhards „soziale Marktwirtschaft" in der Krise!

Es ist nun interessant, daß sich seitdem eine ganz unverkennbare, ich will einmal sagen, Stimmungseintrübung bemerkbar macht, eine weitverbreitete Unlust, ein allgemeines Unbehagen, ein Gefühl der Ratlosigkeit. Der Glückspilz Erhard beginnt weitgehend zu schrumpfen. Wirtschaftsprogramme werden am laufenden Band erfunden. Es gibt den nicht abreißenden Streit um Zuständigkeiten. Selbst die „Welt" fragte in einem recht interessanten Artikel in der Nr. 69, den ich mir aufgehoben habe, zornig: „Wer ist denn eigentlich Wirtschaftsminister?", sprach von der Demontage, die sich an Erhard vollzieht, von dem Ausverkauf des Wirtschaftsministeriums, der Erhard immer mehr zu einer bloßen wirtschaftlichen Randfigur mache. Und es ist in der Tat so. Im wirtschaftlichen Bereich spielen die Herren Dr. Ernst und Dr. Strathus und Direktor Abs heute eine

viel größere Rolle und haben ein größeres Gewicht als der eigentliche Bundeswirtschaftsminister. Soweit ich diesen Prozeß verfolgen kann, begann er mit der Einsetzung des Bundeskohlenkommissars Martin Sogemeier. Er fand dann seine Fortsetzung mit der Ernennung des Rohstoffkommissars A. O. Friedrich und in der gleichzeitigen Berufung von Dr. Ernst zum privaten Hofminister von Dr. Adenauer, der nun als Geschäftsführer praktisch an der Spitze des Ministerausschusses für Wirtschaftsfragen steht, jenes Ministerausschusses, der koordinieren soll, was die Herren Blücher, Schäffer, Erhard, Wildermuth, Niklas und Storch an unvereinbaren Projekten ausbrüten. Inzwischen ist noch ein Bundeskommissar für Devisenwirtschaft in Gestalt von Dr. Kaufmann bestellt worden, der ja gleichfalls, genau wie Dr. Ernst, unmittelbar dem Kanzler unterstellt ist. Das sind nicht nur Abhalfterungen für Erhard, sondern das sind zu gleicher Zeit Alarmzeichen. Das ist Ausdruck eines Spannungsverhältnisses zwischen Adenauer und seinem Wirtschaftsminister, was ja auf der anderen Seite dazu geführt hat, daß die Regierungsparteien desto stärker wieder an Professor Erhard herangerückt sind. Die haben es ihm nicht vergessen, daß er ihnen damals im Wahlkampf das Rennen gemacht hat. Denn man hat ja damals im Wahlkampf zwei Trümpfe von symbolhafter Kraft gegen uns ausgespielt: Erstens das Christentum, das man einem atheistischen Marxismus gegenüberstellte, und das zweite Symbol war die Wirtschaftsfreiheit gegen die dunklen Bezugsscheinsknechte, gegen die Söhne der Unfreiheit, als die wir eben dem Land dargestellt wurden. Das ist also die Situation. Der wirtschaftliche Liberalismus setzt gegenwärtig Rost an, und dadurch gewinnt unsere Kritik sowohl an weittragendem Echo — sie kommt in Kreise hinein, die ihr früher nicht zugänglich waren —, und sie gewinnt auf der anderen Seite auch an Gewicht.

Die soziale Marktwirtschaft hat sich in vier Sackgassen festgefahren: erstens beim Preisproblem; denn die soziale Marktwirtschaft brachte eine außerordentliche Senkung in der realen Kaufkraft der Löhne und Gehälter, der Einkommen der breiten Massen bei enormen Unternehmergewinnen und monopoloiden Gewinnspannen. Zweitens hat sich die soziale Marktwirtschaft in einer Arbeitslosigkeit von 1,5 bis 1,6 Millionen festgefahren, wobei ja das Erschütternde das ist, daß wir uns auf diese Arbeitslosigkeit fast wie auf

ein Dauerfaktum einrichten und praktisch das Ziel der Vollbeschäftigung überhaupt nicht mehr ansteuern. Die saisonale Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt ist bereits verbraucht und die Woge aus den Engpaßbezirken ist erst jetzt im Anrollen. Drittens festgefahren auf dem Investitionsmarkt — aber, Genossen und Genossinnen, diese Investitionen entscheiden über den Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklung, sie bestimmen die Rationalisierung, sie bestimmen die Möglichkeiten der Preissenkung bzw. Lohnerhöhung. Von den Investitionen hängt die Aufsprengung der sechs Engpaßbezirke ab, über die ich noch sprechen werde: Kohle, Eisen und Stahl, Energie, Verkehr, sozialer Wohnungsbau und Export. Ich glaube, unser aller Augen haben sich in den letzten Jahren dafür geschärft, daß im Kredithintergrund die eigentlichen Geheimnisse der Wirtschaftslenkung stecken, nicht in einem zwangswirtschaftlichen Herumdoktern an Vordergrundsymptomen. Der Wirtschaftler weiß, welch maßgebende Rolle Größe und auch Richtung der Investitionen auf dem Konjunkturzyklus ausüben. Ich meine also auch Entstehung und Verhinderung von Wirtschaftskrisen und von Massenarbeitslosigkeit. Darin stimmen heute alle Krisenlehren überein, daß in der ungezügelten Überinvestition während der Hausseperiode das entscheidende, die Krise auslösende Moment zu erblicken ist. Auf der Investitionslehre baut sich die von Keynes vorgetragene Theorie der Vollbeschäftigung auf. Man stimmt heute weitgehend darin überein, daß die Krisenabwehr mit der bloßen Diskontpolitik, dem Instrument des klassischen Liberalismus, nicht mehr zu erreichen ist.

Viertens ist die soziale Marktwirtschaft festgefahren — und damit ist diese Übersicht abgeschlossen — in einer hoffnungslosen Verschuldung unserer Außenwirtschaft, in einer katastrophalen Situation unserer Zahlungsbilanz, die ja im März zu dem rigorosen Liberalisierungsstopp und uns an den Rand des betrügerischen Bankrotts geführt hat und die uns wegen der Unmöglichkeit, die notwendigen Rohstoffe zu importieren, mit neuer Arbeitslosigkeit bedroht. Diese Liberalisierung, die doch zur ökonomischen Integration von Westeuropa ersonnen wurde, droht heute Westeuropa auseinanderzusprengen. Ich glaube, daß wir darin einig sind: Wir sind in diese Liberalisierung genau so vorbehaltlos hineingestolpert wie in das Petersberger Abkommen, wie in die EZU, in die wir eingetreten sind ohne Anfangsposition und ohne eine entsprechende Quote, wie in das Remilitarisierungsgespräch und, so Gott und Adenauer wollen, in den Schumanplan.

Die verfehlten Rettungsversuche der „soz. Marktwirtschaft"

Dieses Handikap nach vier Richtungen, das ich Ihnen vortragen durfte, hat, wie ich sagte, zu einer sehr verspürbaren Desillusionierung, zu einer allgemeinen Entzauberung, zu einem Katzenjammer geführt. Erhard gilt bei den breiten Massen nicht mehr als der Magier, der er lange Zeit schien. Das Volk ist es leid, sich mit Illusionen, mit leeren Versprechungen weiter füttern zu lassen. Erhard's Optimismus fehlt die Überzeugungskraft. Dieser Liberalismus, der als ein neues Evangelium verkündet wurde, entpuppt sich als eine reichlich verstaubte Heilslehre, museal versteinert und antiquiert. Es ist möglich — ich weiß es vor allem aus einem privaten Gespräch, das ich in Straßburg führte — es ist möglich, sage ich, daß man den Erhard über Bord gehen läßt — ich weiß es nicht —, daß man ihn auswechselt, daß vielleicht in Semler oder in Dr. Seidel, dem Wirtschaftsminister in Bayern, der Nachfolger bestimmt wird. Ich glaube aber, das System als solches würde dadurch, auch wenn vielleicht die Kinderstube und der Jargon besser und gebildeter und gepflegter werden, keine wesentliche Änderung erfahren. Es bleibt die Konzeption der Adenauerschen Politik und es bleibt das Verhaftetsein und das Abhängigsein von jener besitzbürgerlichen Schicht, die ja dieses Kabinett in den Sattel gehoben hat und der man deshalb nicht ernsthaft weh tun kann. Befangen in der Theorie vom Segen der Marktwirtschaft hat man alles versäumt, was für den Fall von Störungen des Weltmarkts durch politisches Geschehen notwendig gewesen wäre. Jetzt, wo es zu spät ist, will man sich zur Planung und Lenkung entschließen. Allerdings nur in dem Sinn, daß man den Verbrauch rationiert, möglichst nicht mit Akten und Bezugsscheinen, sondern über den Geldschein. Das heißt, durch Preiserhöhungen, durch Umsatzsteuerheraufsetzung, durch Zwangssparen, durch Verhinderung einer angemessenen Erhöhung der Löhne und Gehälter und Renten, die ja erfahrungsgemäß niemals mit dem Preissprung mitkommen, will man den Verbrauch abdrosseln. Vielleicht aber wird man nicht einmal um die Lebensmittelkarte und um die Kleiderkarte herumkommen.

Die SPD macht Zwangswirtschaft nicht mit

In Vorschau auf diese Situation habe ich in meiner Bundestagsrede so stark betont: „Über unsere Lippen wird das verhaßte Wort „Zwangswirtschaft" nicht kommen!" Wir werden — und das erscheint mir psychologisch für unsere ganze Werbung außerordentlich wichtig — hier keine Hilfsstellung leisten, wir werden kein Stichwort liefern. Wir sollen vor allem nicht so tun, als ob Erhard ein Halbbekehrter wäre, als ob das ein Griff in unser Repertoire wäre und als ob sich damit jetzt Lieblingsvorstellungen erfüllten, die wir in unseren Reihen genährt hätten. Wir treten ein für eine Planung in der Produktions- und in der Kreditsphäre — vor allem für eine richtige Investitionslenkung —, nicht aber für eine Rationierung des Verbrauchs, wenn wir auch nichts dagegen einzuwenden haben, daß der Überverbrauch bestimmter Bevölkerungsschichten beschnitten wird, den man mit seiner verfehlten Außenhandelspolitik, über die wir nachher noch sprechen, ja großgezogen hat. Rationierung, Rationierungswirtschaft oder Zwangswirtschaft ist — so hat mir Schumacher damals in privater Unterredung vor meiner Rede gesagt, und ich habe dieses Wort weitergegeben — letzten Endes nur das letzte Wort einer freien Wirtschaft die mit ihrem Latein zu Ende ist, ist heute zwangsläufige Reaktion auf einen überspitzten und sozial schädlichen Freiheitsbegriff. Diese überspitzte Freiheit droht jetzt zu einer freiheitlosen Ordnung zu führen. Bisher hat ja Erhard von einer ganz primitiven Schwarz-Weiß-Malerei auf dem Hintergrund einer kollektivistischen Befehlswirtschaft gelebt. Er hat bis zum Erbrechen immer wiederholt: Es gibt nur die eine Alternative, entweder Wettbewerbswirtschaft oder zentrale Verwaltungswirtschaft oder, wie es Röpke nennt, Kommandowirtschaft, Befehlswirtschaft; den Termitenstaat, wie es Erhard gerne nennt, die Sicherheit der Kasernen; den Weg in die Knechtschaft, von dem Hayek in seinem bekannten Buche spricht. Die Lenkungswirtschaft, so führen diese Leute aus, steht unter dem Zwang, wenn sie überhaupt einmal begonnen wird, immer umfassendere und immer vollständiger werdende Interventionsmaßnahmen, die jede Freiheit ertöten, bis

der Übergang zur totalen Planwirtschaft vollkommen in toto ist. Wenn man sich einmal von selbst auf diese abschüssige Bahn — so wird vorgetragen — begeben hat, auf diese nicht marktkonformen Eingriffe eingelassen hat, dann gibt es auf dieser abrutschigen Bahn kein Halten mehr. Marktwirtschaft und Planwirtschaft seien sich ausschließende Prinzipien, und nur auf eines von beiden könne die gesamte Ordnung der Wirtschaft gegründet werden. Einer totalen Planwirtschaft entspräche aber — so fährt man fort — im politischen Raum eine totalitäre Staatsführung. Sie führe zur Diktatur und damit zur Vernichtung jeder menschlichen Freiheit.

Das ist das schwerste Argument, mit dem wir uns bei unserer Agitation nach draußen auseinanderzusetzen haben. Wir sollten dieser Agitation nicht das Stichwort liefern. Mit deutlichster Betonung: Wir lehnen einen zentralistischen Staatskapitalismus in Form einer marktlosen Wirtschaft ab. Wir sind überhaupt nicht prinzipielle Gegner jeder Marktwirtschaft, aber dieser Marktwirtschaft in die ja das Urgestein der überlieferten Eigentums- und Machtordnung hineinreicht, so daß jede Konkurrenz zu einer verkrüppelten Konkurrenz, zu einer Konkurrenz im feudalen Raum wird. Der Lenkungstil, den wir vorschlagen, beruht ja nicht auf bloßer Anordnung von oben und Befehlen nach unten. Wir bekennen uns ja längst zu dem, was wir schon vor Jahren die „Lenkung der leichten Hand" genannt haben. Der demokratisch-freiheitliche Sozialismus ist von einer totalen Planwirtschaft nach kommunistischem Gepräge sehr weit entfernt. Wir fordern eine Lenkung im Großen, damit uns eine Bewirtschaftung im Kleinen erspart bleibt. Wir sind gegen eine Bewirtschaftung der Hosenknöpfe. Wir bekennen uns zur Freiheit der Konsumwaren und zur Freizügigkeit im Arbeitsplatzwechsel als unabdingbare Bestandselemente der von uns vertretenen Wirtschaftsverfassung. Letzten Endes lehnen wir nur eine Freiheit ab, die Freiheit der Ausbeutung; und die Frage nach der wirtschaftspolitischen Methode ist für uns eine Zweckmäßigkeits- und keine Grundsatz- und Dogmenfrage. Es gehört zum Wesen jeden Dogmas, daß es die Wirklichkeit verfehlt und ihr niemals konstruktiv gerecht wird;

und es gehört zum Wesen jedes Dogmatikers, daß er die Wahrheit ihrer Voraussetzungen entkleidet. Es ist ja gerade die dogmatische Gebundenheit Erhards, die kritiklose Idealisierung der freien Marktwirtschaft gewesen, der Wahnglaube, daß man bei Entfesselung der Wirtschaftskräfte die soziale Harmonie automatisch herbeiführen könne wie einen Hobelspan, der in der Werkstatt abfällt; daß die freie Marktwirtschaft von selbst zu einer sozialen werde, die uns blind gegen die offenbaren Mängel dieser Wirtschaftsordnung gemacht hat und die zu dem Wahnglauben geführt hat, daß jede wirtschaftspolitische Situation nur vom Markt her gemeistert werden könnte. Denn das ist die Ausgangsdoktrin von Professor Erhard, und dieser Glaube ist dann in der Öffentlichkeit durch eine ganz bewußte Diffamierung und Verhöhnung aller Maßnahmen, die man irgendwie mit dem Problem der Lenkung in Zusammenhang brachte, verstärkt worden, so daß wir heute unendlich schwer einlenken und zurückschwenken können.

Die Planwirtschaft der westlichen Demokratien

Nun aber ist die Wirtschaft noch nicht in das Zeichen von Mars, wohl aber in das Zeichen der Politik getreten. In der Welt draußen — wir ausgenommen, die wir glaubten, bisher von Bonn aus eine Extratour tanzen zu können — hat man der Kommandowirtschaft der Diktaturen längst eine Planwirtschaft der Demokratien entgegengestellt. Wir aber, die wir am Rande des Kraters leben, leben am Rande dieser Ideologie; wir sind praktisch ausgeklammert, sind ideologisch ohne lebendigen Kontakt mit den entscheidenden wirtschaftlichen Brennpunkten der Welt. Weil wir nun doch vor eine Situation gestellt sind, die sich mit nur marktkonformen Mitteln nicht meistern läßt, verbreitet sich heute ein Defaitismus, der verhindert, daß das Notwendige rechtzeitig getan wird. Nun kommt es zu Staatseingriffen, aber es kommt zu Staatseingriffen mit Ladehemmungen und mit schlechtem Gewissen, und es kommt zu Staatseingriffen ohne ausreichende Vorbereitung, was die Erfolge von vornherein schon ganz zwangsläufig in Frage stellt. Diese ungenügende Vorbereitung ist vielleicht die unheilvollste Folge dieser liberal-dogmatischen Sturheit und Voreingenommenheit. Man hat vermieden und hat unterlassen und hat verabsäumt, den Eventuellfall vorzubereiten, in dem man über die

Marktwirtschaft hinausgehen muß. Es erscheint mir so wichtig, daß wir den Kampf gegen Erhard nicht aus der Defensive führen, sondern daß wir ihn aus der Offensive führen, daß wir nicht von Erinnerungen leben, sondern daß wir die Zukunft modernisieren und deutlich herausstellen, daß die verkrüppelte Zwangswirtschaft notwendig war, weil man imperialistische Zielsetzungen und weil man Autarkie-Ideale unter Hitler in die Wirtschaft hineintrug und weil, wenn man einen Raubkrieg vorbereitete, eine Verschiebung von der individuellen in die kollektiv-militärische Sphäre erfolgen mußte; daß uns die verkrüppelte Kriegszwangswirtschaft niemals als Modell sozialer Wirtschaftsgestaltung vorgeschwebt hat.

Planwirtschaft ist Lenkungswirtschaft!

Ich darf mir da eine Randbemerkung erlauben, die wahrscheinlich Ihren Widerspruch weckt. Ich bitte, einmal zu erwägen, ob es taktisch klug ist, daß wir immer von Planwirtschaft sprechen. Wir haben den Rohstoff der Sprache nicht souverän in unserer Hand. Dieses Wort „Planwirtschaft", ob uns das gefällt oder nicht, ob das gerechtfertigt ist oder nicht, ist nun einmal mit Zwangsassoziationen beladen. Darin hat sich die Agitation der anderen niedergeschlagen. Dieses Wort ist mit so wüster Polemik befrachtet, es schmeckt für breite Volksmassen nach Reißbrettkonstruktionen, und ich glaube, wir kämen durch eine terminologische Auswechslung, indem wir vielleicht von — so, wie ich es tue — „Lenkungswirtschaft" oder nur von planwirtschaftlicher Wirtschaftsführung, von planmäßiger Zukunftssorge oder was ihr wollt, sprechen, um viele Schwierigkeiten herum. Wenn es euch recht ist, wollen wir nachher einmal darüber diskutieren. Ob ihr dem zustimmt oder nicht, mir erscheint es jedenfalls wesenhaft. Wir sollten unsere Wirtschaftspolitik nicht unter die verengte Perspektive des Zwanges stellen und nicht als seine Befürworter auf die Bühne treten, sondern unter dem weiteren Zukunftsaspekt der Vollbeschäftigung und der durch Vollbeschäftigung zu erreichenden Steigerung der Produktivität und der Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen. Denn, Genossen, wenn — und das sind Zahlen, die ihr auch habt; ich entnehme sie einer Veröffentlichung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften — 27,1 %, d. h. also 6,1 Millionen aller Einkommensbezie-

her, ein Monatseinkommen von unter 100 Mark haben und wenn 36,8 %, das sind 8,3 Millionen, ein Monatseinkommen von 101 bis 250 DM haben wenn also 63,9 % zusammengerechnet ein Monatseinkommen unter 250 DM beziehen, während auf der anderen Seite auf 1,2 % aller Einkommensbezieher 11,3 % aller Einkommensbezüge entfallen, wenn der Anteil aller Arbeitseinkommen am Sozialprodukt von 31 % im Jahr 1938 abgesunken ist auf 29 % im Jahre 1950, während der Anteil nur der Löhne und Gehälter, also das unselbständige Arbeitseinkommen an dem Nettowert der Produktion von 50 auf 35 fiel, während der Anteil der Unternehmergewinne gleichzeitig von 50 auf 65 stieg im Gegensatz zu allen Ländern mit fortschrittlicher Wirtschaftsverfassung — d. h. auf deutsch: England, Schweden, Norwegen und die Niederlande —, so ist klar, daß die Bildung des heutigen Investitionskapitals nicht durch Hochhaltung der Preise für Massenbedarfsartikel und durch Drosselung der Löhne erfolgen kann. Wir können deshalb nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch mit gutem Gewissen für Lohnerhöhungen eintreten; denn ein Wirtschaftsaufbau — das zeigt sich heute — auf der Basis von niedrigen Arbeitslöhnen bleibt nicht nur unsozial, sondern er ist auch wirtschaftlich ungesund. Die Massen leben ja heute nicht mehr am Rande, sie leben unterhalb des Existenzminimums. Das aber bedeutet — was wir vor 1933 sehr viel deutlicher herausgearbeitet haben und von dem wir nach meinem Dafürhalten zu wenig sprechen — das bedeutet frühzeitige Verkümmerung der Arbeitskraft, das bedeutet — lest die letzten Statistiken nach! — höhere Sterblichkeitsziffern, das bedeutet Millionen von Volksvermögen, die man nutzlos frühzeitig in Särge wirft, das bedeutet ausgemergelte Kinder, — kurz, alle die Erscheinungen, die für den Frühkapitalismus charakteristisch und uns dort geläufig waren. Hungerlöhne belasten die Gesellschaft mit toten Gewichten und mit toten Lasten, und was der privatkapitalistische Unternehmer in unserer Wirtschaftsorganisation von sich abwälzt, fällt auf die Gesamtheit zurück, und desto schwerer wird das soziale Gepäck, mit dem wir uns schleppen müssen.

Aber es gibt auch ein anderes: Schundlöhne führen zur Schundarbeit. Wir sind ja schließlich Fertigungswerkstätte der Welt und müssen den hohen Stand unseres technischen Könnens einwerfen,

um zu korrigieren, wie stiefmütterlich uns die Natur, was die Lebensmittelgrundlage und was die Rohstoffkarte anlangt, behandelt hat. Qualitätsarbeit ist erst bei einem gehobenen Stand der Lebenshaltung möglich. Schundlöhne führen — das Beispiel Indiens wurde früher mit Recht immer angeführt — zu einem niedrigen Stand der Technik, der künstlich konserviert wird; denn hohe Lohnsätze sind ein ökonomischer Anreiz zur Verwendung kostspieliger, aber auch technisch leistungsfähiger Maschinerie und führen damit letzten Endes zur Kostenersparnis.

Drittens, der Lohn ist ja nicht nur Kostenfaktor, den man im Preis niedrig halten muß, sondern er ist zu gleicher Zeit Produktionsfaktor, das heißt entwicklungsfähige Arbeits- und Leistungsquelle. Bessere Entlöhnung führt — Untersuchungen von Brentano zeigten das erstmalig — zu einem größeren Arbeitserfolg, und die Mehrauslage an Lohn wird im erweiterten Produktionsertrag vergütet. Und das letzte: Lohn ist Konsumfaktor, Lohn hat eine Marktwirkung, Lohn hat eine marktaufschließende Kraft. Der innere Markt würde — und nur der Imperialismus hat uns ja vorübergehend eine Schonpause gewährt — unter den kapitalistischen Manövriermethoden zusammenbrechen, wenn nicht dem Streben nach erhöhtem Profit und nach erhöhter Akkumulation in den auf Lohnerweiterung abzielenden Bestrebungen der Gewerkschaften der Gegenspieler erwüchse, die nicht Saboteure des Wirtschaftslebens, sondern Träger einer unermeßlichen volkswirtschaftlichen Funktion sind, die uns vor Zerstörung der Kaufkraft des inneren Marktes, vor einem Versanden der Absatzwege nach innen bewahrt. Erhungertes Kapital verfällt letzten Endes selbst der Auszehrung.

Das wirtschaftspolitische Programm der SPD

Nun glaube ich aber, daß es nicht ausreicht, daß wir uns gegen Erhard und gegen seinen Rummel der Marktwirtschaft lediglich negativ einsetzen, daß wir also die Wahngebilde zerstören, die man uns andichtet, daß wir vor allem nicht den Kopf in die Schlinge der neuen Dolchstoßlegende stecken, die da sagt, daß wir Befürworter der Zwangswirtschaft sind. Unsere Stimme wird nur beachtet werden, wenn wir ein positives Programm der Abwehr gegen Wirtschaftsverfall und Wirtschaftsauszehrung anzubieten haben und zu entwickeln vermögen. Vor allem bei jugendlichen Menschen —

das merke ich in so vielen Versammlungen — verfängt die rein negative Kritik nicht. Da können wir Loritz gar nicht mehr überbieten; der kann das mit plastischeren Worten, als wir es könnten. Diese rein negative Kritik ist billig wie Brombeeren. Es sind ja viele Zeugen hier: Neulich im Wirtschaftspolitischen Ausschuß, als wir die Bundestagsrede durchsprachen, die ich halten sollte, haben wir darüber diskutiert, ob wir überhaupt zu positiven Beiträgen in der gegenwärtigen Wirtschaftsepoche verpflichtet sind.

Wir haben mit großer Mehrheit im Wirtschaftspolitischen Ausschuß der negativen Auffassung widersprochen und haben sie abgelehnt. Ich selbst habe mich auch zum Sprecher dieser Meinung gemacht; denn ich glaube, eine solche Haltung entspricht weder der Würde noch dem Schwergewicht einer Millionen-Partei noch der zeitgenössischen Situation unseres Sozialismus, der nicht nur bloßes Abwarten der kommenden Dinge bedeuten kann, nicht nur bloßes Trommeln, ohne daß wir uns in Marsch setzen. Eine Millionen-Partei ist auch in der Opposition niemals aus der Verantwortung entlassen, und eine Partei, die die Lippen verschlösse und jetzt den Geheimnisvollen spielen wollte, geriete in den Verdacht, daß sie praktisch gar nichts zu sagen und gar nichts beizutragen hat. Schweigen ist nicht immer Gold, es kann auch bisweilen Blech bedeuten. Ich denke also, wir haben diese Auffassung abzulehnen. Wir haben uns deshalb praktisch damit zu befassen, was wir zu der gegenwärtigen Krisensituation zu sagen haben, zu dieser Krise, die ja so schwer ist, daß sie über den wirtschaftlichen Bereich längst hinausgehend zu einer allgemeinen Erschütterung unseres politischen Staatsgefüges zu führen droht.

Die Symptome der Wirtschaftskrise

Die Symptome dieser Krise sind schnell aufgezählt: Die hohe Zahl der Arbeitslosen, die Versorgungsschwierigkeiten bei Kohle und Importrohstoffen, die katastrophale Situation unserer Zahlungsbilanz, die Engpaßbezirke, der rückläufige Produktionsindex, der von 130 auf 122 abgefallen ist, die Hortungstendenzen auf der Angebots-, die Käuferpanik auf der Nachfrageseite und dann vor allem der unerträgliche Preisanstieg, die sich immer mehr verschlechternde Relation zwischen Lebenshaltungskosten und Arbeitseinkommen. Gewiß, zum Teil liegen die Gründe für diese Krise auf

der internationalen Ebene. Zunächst durch den Kalten Krieg, dann durch den heißen Krieg in Korea ist eine Weltrüstungskonjunktur entstanden und hat zu einer Verknappung wichtiger Rohstoffe geführt, hat zu einer Bevorratungswirtschaft namentlich in Amerika und England geführt, auch drüben zu Preisanstieg, auch zu Spekulation, auch zu Hortung. Aber es ist interessant: Als es uns damals gut ging und das Gute von dem Marshallplan herrührte, hat man den Marshallplan möglichst zu verschweigen gesucht und hat alles auf das Konto Erhard abgebucht und uns erklärt: Ihr seht, was wir für einen tüchtigen Mann an der Tete haben. Heute, wo es uns schlecht geht, macht man genau das Gegenteil. Wie man den Marshallplan verschwieg und die Tatsache, daß nun die Rohstoffe, die uns früher teelöffelweise zugeführt wurden, in armdicken Bächen flossen, genau so überdehnt man heute Korea und benutzt Korea als Alibi, als Tarnwand für alle Schwierigkeiten. Ohne daß wir die internationalen Schwierigkeiten totschweigen, sollte es unsere Aufgabe sein, darauf hinzuweisen, daß der andere, und ich behaupte, der größere Teil dieser Krise bei innerdeutschen Fehlentscheidungen, bei innerdeutschen Fehlerquellen und bei schuldhaften Unterlassungen liegt. Denn unsere Außenhandelspolitik hatte sich bereits vor Korea festgefahren. Das ist der eine Hinweis. Und vor Korea — am 9. Februar 1950 — hat die Zahl der Arbeitslosen bereits zwei Millionen überschritten — wohl der schlüssigste Beweis, daß man nicht alles auf dieses Konto abbuchen kann. Der verderbliche Sog nach unten ist heute so stark geworden, daß mit Einzelmaßnahmen — und nun kommen wir zum Positiven — nicht mehr auszukommen und nicht mehr zu sanieren ist, sondern nach meinem Dafürhalten müssen vier Dinge zu gleicher Zeit angepackt werden. Über diese vier Dinge darf ich noch sprechen, dann ist das Referat zu Ende.

Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise

Erstens: Die falsche Einkommenstruktur, also die falsche Verteilung des Sozialprodukts, die verschobene oder, wie man heute so gern moderner sagt, die verzerrte Relation von Preisen und Löhnen, von Unternehmergewinnen auf der einen und Arbeiterlöhnen auf der anderen Seite. Zweitens: Der Kapitalbildungsprozeß, also die

Kreditpolitik und das Investitionslenkungsproblem. Drittens: Die Arbeitslosigkeit, sowohl die konjunkturelle wie die strukturelle Arbeitslosigkeit, und viertens die Außenhandelsverschuldung unserer Einfuhr, unsere Exportpolitik und die Rohstoffkontrolle. Diese vier Dinge — ich darf nochmals wiederholen: Einkommenstruktur, Kapitalbildung, Arbeitslosigkeit und Außenhandelsverschuldung — müssen gleichzeitig angepackt werden ,wenn ein Ausweg gefunden werden soll. Ich denke, liebe Parteifreunde, ihr seid damit einverstanden, daß ich möglichst wenig von dem wiederhole, was ich neulich hier auf der Bundestagstribüne gesagt habe und was ich in diesem Kreise als bekannt voraussetzen darf.

Zu dem ersten Punkt, also zu der Einkommenstruktur, haben wir zu betonen: Es kommt nicht nur auf die Erhöhung des Sozialprodukts an — wobei im übrigen die Berechnungsbasis, von der Erhard ausgeht, geradezu phantastisch ist —, denn wir haben immer zu fragen: Woher weiß er denn eigentlich, was im Juni 1948 produziert wurde, so daß er sich heute in manchen Branchen eine 300prozentige Produktionsverstärkung herausberechnet? Das einzig Verläßliche ist folgendes. Wir haben auch im Juni 1948 in unserer Wirtschaft eine Tagesförderung an Kohle von 263 000 Tonnen gehabt. Diese Kohle hat man nicht einfach auf das Vertiko gestellt, das ist klar. Wenn die Wirtschaft damals behauptete, daß sie nicht mehr in der Lage sei, einen Nachttopf und eine Windel zu produzieren; so hat sie wohl produziert, aber sie hat die Dinge verschoben, so daß man praktisch überhaupt nicht in der Lage ist, heute zu berechnen, weil die Berechnungsgrundlage fehlt, wie stark denn eigentlich der effektive Anstieg und die Vermehrung der Produktion ist. Bestimmt nicht so stark, daß es den Zahlen entsprechen würde, mit denen Erhard operiert!

Aber ich wollte etwas anderes, ich wollte sagen, es kommt nicht nur auf eine Erhöhung des Sozialprodukts, es kommt auch auf eine vernünftige Verteilung an; denn eine falsche Verteilung wirkt sich als Produktionsbremse aus. Ich gab Ihnen Zahlen dafür, daß der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am Netto-Sozialprodukt unerträglich und unverhältnismäßig gering ist; während sich an der Spitze eine zahlenmäßig sehr dünne Schicht breit macht und sich einen Lebensstandard zu leisten vermag, der weit über dem der Vorkriegszeit liegt. Das geräuschvoll-arrogante Auftreten dieser Schicht hat ja gerade im Ausland jene falsche Optik erzeugt; denn diese Schicht gilt — das braucht hier nicht weiter auseinandergesetzt zu werden — weitgehend als repräsentativ für die gesamte Bundesrepublik. Hingegen sind die Schichten, die dem Aufbau gedient haben, ohne dabei zu verdienen, heute auf kümmerlichste Lebensfristung angewiesen. Denen noch weiteren Konsumverzicht zuzumuten, von ihnen eine Sparleistung zu verlangen, ist ebenso aufreizend, wie es grotesk ist. Erhard redet gern — und Blücher nimmt ja die Parolen auf — von dem „mangelnden Sparwillen". Nach meinem Dafürhalten besteht hier nicht ein mangelnder Sparwille, es besteht ein objektives Sparunvermögen. Wer heute „mehr Sparen" schreit, so hätten wir zur Antwort, soll dafür sorgen, daß die Preise heruntergehen und daß sie stabil werden. Denn, volkswirtschaftlich betrachtet, was dem Verbraucher in Form von zu hohen Preisen abgenommen wird und was dann von der Unternehmerseite zur Selbstfinanzierung verwandt wird, kann nicht am Kapitalmarkt noch einmal gespart werden und dort erscheinen. Diese „Preiskapitalbildung", wie ich es einmal nennen möchte, diese Kapitalbildung über die Preise erschlägt den Sparakt des Verbrauchers. Sparfähiges Einkommen kommt überhaupt nicht erst zum Entstehen, das ist das Entscheidende. Von der gesamten Kapitalbildung im Jahre 1950 hat das Angebot über den Kapitalmarkt etwa nur 10 bis 15 Prozent ausgemacht. Der Wiederaufbau nach 1948 ist in erster Linie, wie man neulich einmal mit Witz formuliert hat — ich weiß nicht, wer —, dem „unbekannten Bankier" zu verdanken, der jetzt seine Schalter schließen mußte. Dieser unbekannte Bankier ist der unbekannte ausgebeutete Konsument; der hat investiert, ohne daß ihm irgendein Eigentumsrecht an diesen Investitionen zugesprochen wurde. Das einzige Sparen, das praktisch zum Zuge gekommen ist, ist das Sparen von Steuern gewesen, das infolge dieser Abschreibungserleichterungen — darüber weiß Koch Näheres — nach dem § 7a möglich war. Außerdem sind ja die Vorwegbedingungen für die Sparaktionen gar nicht erfüllt, denn diese beiden Vorwegbedingungen sind: auf der einen Seite Preisstabilität — je-

des Sparen bedeutet Selbstmord, wenn die Ware übermorgen teuerer ist — und die andere Bedingung ist das unwirtliche außenpolitische Klima, wie ich es gern formuliere, es spart sich schlecht mit der Atombombe im Rücken. Es ist ein so großer Unruhefaktor vorhanden, daß schon aus diesem Grunde die Sparleistung abgebremst wird.

Die Preisfrage aber, die wir an Erhard zu stellen hätten, wäre: Aus welchen Mitteln sollten denn diese Menschen eigentlich sparen, vorausgesetzt, daß trotz allem die Sparneigung vorhanden wäre? Wenn man sagt, ja, aber die haben doch trotzdem manchen Einkauf vorverlagert und haben nach mancher Richtung, zum Beispiel in Textilien, was ja unverkennbar der Fall ist, ihre Nachfrage verstärkt, — dann ist ein solcher vorverlagerter Einkauf infolge der Preiserwartung für den Arbeiter nur mit einem Konsumverzicht an anderer Stelle zu erkaufen. Ich glaube, wir sollten auch die Theorie von der zu hohen Gruppenkaufkraft, die in manchen Arbeiterfamilien dadurch entsteht, daß eben mehrere Einkommensbezieher unter demselben Dache wohnen, zurückweisen.

Die falsche Preispolitik der Bundesregierung!

Zur Preispolitik wäre folgendes zu sagen. Preispolitik ist immer eine Funktion der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Es müßte das Ziel der Preispolitik sein, eine zumutbare Relation, wie ich sagte, zwischen Preisen und Lebenshaltungskosten herzustellen. Der Lebenshaltungskostenindex, mit dem heute operiert wird, ist unrichtig, er ist auf neue Berechnungsgrundlagen zu stellen. Wir können uns nicht gegen den Trend des Weltmarktes vollkommen abschirmen. Wir können nicht einen kalendermäßigen Preisstopp fordern, wie es die Kommunisten tun, und sagen, man soll zu einem bestimmten Datum die Preise einfach einfrieren lassen. Das wäre ein zweischneidiges Schwert. Wir haben aber um so lebhafter eine Preiskontrolle mit dem Ziel zu fordern, daß wir zu Kostenpreisen auf nachgewiesener Kalkulationsbasis statt zu Knappheitspreisen unter Ausnutzung der Marktlage, wie wir es heute haben, gelangen. Das ist der Unterschied: Kostenpreise auf nachgewiesener Kalkulationsbasis oder Knappheitspreise, die sich einfach durch die Marktsituation ergeben und die heute durchweg herrschen.

Wenn man mehr Vorsorge getroffen hätte — darauf würde bei der Preispolitik aufmerksam zu machen sein —, dann hätte man die Wucht des Preisansturms abfangen können. Unter dem Druck der Außenhandelsverschuldung hat Professor Erhard gerade in dem Augenblick einen großen Ausverkauf in Deutschland veranstaltet, in dem sich andere Leute eingedeckt haben. Das eklatanteste Beispiel: die Aluminiumvorräte in Töging, die man unter Selbstkostenpreis an Japan verscherbelt hat, weil man dachte, diese großen Stocks sind niemals zu mobilisieren. Und heute können wir sie zu Überpreisen wieder zurückkaufen!

Zweitens: Die Deroute auf dem Preismarkt ist nicht zuletzt durch die fortgesetzt widersprechenden Erklärungen der Bundesregierung und ihrer einzelnen Minister entstanden. Man hat nicht nur die Preise heraufgesetzt, man hat auch die Preise heraufgeredet und hat dadurch erst die allgemeine Unsicherheit und die Käuferpanik wenn nicht hervorgerufen, so doch sichtlich verstärkt. Als damals Adenauer die Parole herausgab, die landwirtschaftlichen Erlöse müßten um eine Milliarde heraufgesetzt werden, als man in Niederbreisig von der allgemeinen Anhebung des Preis- und Lohnniveaus sprach, als der Blücher mit seinem Zwangssparen, als der Erhard mit seinen Klebe- und Aufbaumarken kam, da mußte ja durch dieses vielstimmige Gerede notwendigerweise ein Run auf die Warenmärkte entstehen. Hernach beschimpft man dann den Verbraucher, den man erst in diese allgemeine Nervosität hineingehetzt hat. Leichtfertig ist es, jetzt schon wieder blauen Dunst dadurch zu produzieren, daß man von bevorstehenden Preiseinbrüchen auf dem Weltmarkt spricht; denn selbst wenn in letzter Zeit eine gewisse Abstoppung — mehr nicht! — des Preistrends eingetreten ist, wir haben ja bisher aus vorhandenen Lagervorräten produziert und die Teuerungswelle, die gegenwärtig herrscht, rollt ja in den Fertigfabrikaten erst auf uns zu; Textilfabrikanten versichern, daß etwa September oder Oktober der Augenblick gekommen ist, in dem sich diese erhöhten Preise auf dem Textilmarkt bemerkbar machen werden. Es wäre ein Köhlerglaube, zu meinen, man könnte nur durch Preisvorschriften, man könnte nur mit der Polizei diesem Problem wirksam beikommen, sondern hier ist das ganze Instrumentarium moderner Wirtschaftslenkung einzusetzen, einschließlich Handelspolitik, einschließlich Steuerpolitik, einschließlich Subventionen, — dieses Instrumentarium, das ja Erhards Händen fehlt.

Dennoch soll man nun nicht übertreiben und das Kind mit dem Bade ausschütten, indem man die Situation so hinstellt, daß sich durch konkrete Stütz- und Abschirmmaßnahmen nichts erreichen ließe. Es läßt sich schon die Verhinderung von Knappheitspreisen erreichen, wenn man das Gesetz gegen Preistreiberei wirksam anwendet; das heißt nicht nur mit Ordnungsstrafen kommt, die man aus der Westentasche bezahlt, nicht nur mit Gefängnisstrafen, die ja meist doch unter Bewährungsfrist erlassen werden, sondern ein viel, viel wirksameres Mittel wäre nach meinem Dafürhalten, in jeder Großstadt einmal einige Betriebsschließungen und Berufsverbote auszusprechen und wirklich publik zu machen und an einige Schaufenster die Plakate zu kleben: „Geschlossen wegen Preistreiberei". Ich glaube, das würde schon alarmierend wirken; und man sollte dann die Anklage nicht nur gegen den einzelnen richten, sondern gegen den ganzen Personenkreis einschließlich aller Zwischenhandelsstufen, der in der Kette der Verteuerung mitgewirkt hat.

Das zweite, was wir fordern, ist eine wirksame Kontrolle durch Erlaß von Richtpreisen, damit der Konsument nicht so absolut im Nebel herumfischt.

Das dritte ist eine Forderung, die jetzt auch durch die Gewerkschaften aufgenommen worden ist, daß man zumindest bei den lebenswichtigen Waren die Händler zwingt, die Einstands- und die Verkaufspreise anzugeben, so daß die Handelsaufschläge erkennbar werden. Denn es ist ja das wichtigste Problem; diese übersetzten Handelsspannen niedriger zu halten und diese parasitären Zwischenstufen am Verteilungsmarkt auszuschließen. Preiszuschläge wegen Importverteuerung sollten im Anhängeverfahren kenntlich gemacht werden. Es geht nicht an, daß man steigende Rohstoffpreise nun einfach proportional in die Kalkulation weitergibt, denn dadurch vervielfacht sich die Wirkung. Wenn Baumwolle oder so etwas um 100 Prozent teuer wird, braucht das Fertigprodukt dann nicht auch entsprechend teurer geworden zu sein, sondern ein großer Teil der Preissteigerung läßt sich in der Produktionskalkulation und in den Handelsspannen abfangen.

Als nächstes hätten wir die Beibehaltung der Subventionen für dringliche Massenlebensmittel zu fordern, die man in der gegenwärtigen Situation, in der alles so hysterisch aufgewühlt ist, einfach nicht preisgeben kann; dann die rigorose Erfassung entzogener

Steuern, die sich nach Schäffers eigenem Wort auf drei Milliarden belaufen. Diese Gelder zigeunern heute als zusätzlicher Konsum auf dem Markt herum. Aber praktisch ist wenig zu erwarten. Es ist sehr interessant, daß der Herr Bundesminister Dehler — vielleicht könnte man bei der Etatsdebatte darauf hinweisen — neulich gegenüber dem Korrespondenten der bayerischen FDP-Wochenzeitung erklärt hat: „Bei Preisüberschreitungen bestände für den Staat nicht ohne weiteres die Pflicht zur Strafverfolgung, sondern die Strafverfolgung sei nur eine Frage der Opportunität." Außerdem ist ja darauf zu verweisen, daß man die Preisbehörden, die man jetzt so dringlich braucht, unter Erhards Ägide verstümmelt hat, so daß sie heute gar nicht in der Lage sind, wirklich wirksam zu werden. Man hat sie ja damals unter dem Hohngelächter der Öffentlichkeit zerschlagen.

Besondere Gefahren würden erwachsen, wenn man auch, worauf ja vor allem die FDP hinzielt, die Grundstoffpreise rutschen ließe. Sie wissen, das ist ja noch ein Schönheitsfehler im System, das sind noch politisch gebundene Preise, und auch für diese fordert die FDP, daß sie sich marktgerecht einpendeln sollen. Wenn die Preise für Kohle, Stahl, Elektrizität, Gas, wenn auch die Mieten ins Rutschen kommen, dann gibt es nach meinem Dafürhalten eine Preislawine, unter der wir einfach begraben werden.

Die Höhe der Löhne muß nach unserem Dafürhalten grundsätzlich — das fordern auch die Gewerkschaften — der Aushandlung durch die Sozialpartner überlassen bleiben; denn wir können keine staatlichen Schlichtungsorgane mit Verbindlichkeitsansprüchen akzeptieren, solange man die Preise grundsätzlich frei schießen läßt. Ob wir uns mit Indexlöhnen, ob wir uns mit Produktivitätslöhnen befassen sollen, möchte ich der Debatte überlassen. Gegen beides hätte ich große Bedenken einzuwenden. Indexlöhne führen dahin, daß jede Energie in der Abwehr gegen Preisverteuerung erschlafft, und Produktivitätslöhne hinken immer hoffnungslos hinterher; denn man könnte sie ja erst nachfolgend und immer erst auf sehr zweifelhaften Grundlagen berechnen, wie die allgemeine Produktivität angestiegen ist. Dabei gibt es große Wirtschaftsgruppen, bei denen sich ein solcher Anstieg der Produktivität überhaupt nicht nachweisen läßt und die man dann mehr oder weniger willkürlich anhängen müßte.

Die falsche Investitionspolitik der Bundesregierung!

Genossen, ein Gedanke, der mir wert erscheint, daß man ihn propagiert, ist in der Öffentlichkeit noch wenig vertreten worden. Wir wollen doch — ich spreche sofort darüber — künftig einen Investitionsstock bilden. Wäre nicht zu fragen, ob man nicht die Kapitalmittel, die aus diesem Investitionsstock stammen, auch preispolitisch einsetzen kann, indem man die mit diesen Mitteln finanzierten Investitionsaufträge an die Einhaltung gewisser Preislinien bindet, so daß notfalls auch die schon laufende Kreditaktion abgestoppt wird, wenn diese Preislinie nicht innegehalten wird? Ich glaube, das wäre ein außerordentlich wirksames Mittel, um dieser uferlosen Verteuerung entgegenarbeiten zu können.

Und nun zum zweiten, zu dem Kapitalbildungsprozeß, zu der Kreditpolitik und zu der Investitionslenkung. Seht, das Sozialprodukt zerfällt ja auf der einen Seite — wenn ich mir einmal diesen allgemein volkswirtschaftlichen Ausdruck gestatten darf — in eine Akkumulations- und auf der anderen Seite in die Konsumrate. Unsere gegenwärtige Situation ist ja deshalb so schwierig, weil infolge der Gebietsverluste, der Kriegszerstörungen durch Bombenteppiche, Demontagen usw., dann des zurückgestellten Aufhol- und Erneuerungsbedarfs, die Ansprüche an die Akkumulationsrate im Sozialprodukt ganz enorm, oder ich sage besser, abnorm sind, während zu gleicher Zeit durch die Auspowerung der breiten Massen auch die Ansprüche an die Konsumrate abnorme sind, weil ja auch da ein starker Nachholbedarf aufgefüllt werden muß. Daher dieses starke Tauziehen am Sozialprodukt, das gegenwärtig stattfindet. Beide Partner versuchen, abnorme Beträge für sich selber zu sichern. Nun, wir können sagen, die Kapitalseite ist auf ihre Kosten gekommen. Die Investitionsrate ist enorm gewesen. Wir haben nicht eine unzureichende Kapitalbildung gehabt. Seit Juni 1948 wird die Kapitalbildung auf 50 Milliarden geschätzt, allein im letzten Jahr auf 16 Milliarden. Wir haben nicht eine unzureichende Kapitalbildung, sondern wir haben eine falsche Kapitalverwendung gehabt. Ich will hier nicht Bekanntes wiederholen. Sie wissen: verursacht durch die falsche Preispolitik und beginnend mit der überhasteten Beiseiteräumung aller Preisregulierungen im Sommer 1948 hat man in den konsumnahen Industrien und in der Geschäftswelt die Preise

schießen lassen, während die Kapitalausstattung im Sektor der Grundstoffindustrien, wo die Preise gebunden blieben, unzureichend und notdürftig blieb. Hier ist der Weg — das wird ja allgemein wohl heute mit Ausnahme gewisser FDP-Kreise zugestanden — der Eigenfinanzierung nicht gangbar. Hier kann man nicht die Preisbindung über Bord gehen lassen; und deshalb muß hier eben der Investitionsstrom hingelenkt werden.

Praktisch haben sich die Investitionen so vollzogen, daß das weniger Dringliche vor dem Dringlichen erstellt wurde. Unser bester Kronzeuge, Direktor Abs von der Wiederaufbaubank, hat darauf hingewiesen, daß wir Investitionen vorgenommen haben, die in das Jahr 1954 oder 1955 gehören, und daß wir Investitionen noch nicht durchgeführt haben, die in die Jahre 1946 und 1947 gehört hätten. So reden wir von Fehlinvestitionen nicht in dem Sinne, daß das nun absolut betrachtet Unsinn ist, was man gemacht hat — warum nicht schöne Kinos, warum nicht schöne Geschäftshäuser? —, sondern wir reden von Fehlinvestitionen, weil diese Investitionen proportional und der Zeitfolge nach falsch angesetzt sind. Das hätte sich bei einem Produktionsindex von, sagen wir einmal, 160 geschickt; das schickt sich aber nicht bei einem Produktionsindex von 117, der jetzt wieder im letzten Monat infolge der Bautätigkeit mühsam auf 122 angestiegen ist.

Die Vorschläge der SPD zur Kapitallenkung

Diese Verzerrung der Produktionskapazitäten wirkt sich außerordentlich nachteilig auf die ganze Produktion aus. Das entscheidende Problem ist das: wir müssen dem Kapital- und dem Kreditstrom eine andere Abflußrichtung geben. Wir müssen eine Manövriermasse dirigierbarer Kapitalmittel in die Hand bekommen. Wir wollen, wie ich ausführte, nicht die Investitionsbildung aus der Lohntüte rein durch Steuern. Bei der ungeheuren Beanspruchung nämlich ist zu befürchten, daß es letzten Endes doch für konsumtive Sozialzwecke verausgabt wird. Zwangssparen: ich brauche die Gegengründe nicht anzuführen. Die Baby-Bonds von Professor Erhard sind eine Schnapsidee. Praktisch sind sie nicht einmal der Tropfen auf einen heißen Stein; praktisch würde die Einziehungsunehrlichkeit die gleiche sein wie die Steuerunehrlichkeit, die wir schon haben. Ich wies in meiner Rede im Bundestag

darauf hin, es besteht ja auch eine Unlogik dadurch. Man will aus der Zahlungsbilanzklemme doch herauskommen, indem man überflüssige Einfuhr zurückdämmt. Man will aber zur gleichen Zeit Investitionskapital dadurch hervorlocken, daß man die Leute jene Hummern und Austern essen läßt, die man künftig nicht mehr einführen will. Dadurch gräbt man sich ja den Kanal selber ab. Wir haben schon immer die Notwendigkeit der Kapitalbefruchtung dieser Engpaßbezirke anerkannt. Wir müssen nur sagen: Wem öffentlich geholfen wird, der ist uns, wenn wir ihm helfen in der Stunde der Not, in der Stunde des Glückes verpflichtet. Ich glaube, wir haben ein außerordentlich gutes Argument für unsere Sozialisierungsforderungen dadurch, daß jetzt gerade dieser Bereich der Grundstoffindustrien künstlich alimentiert wird.

Unsere Vorschläge sind dreifacher Art: Erstens Lenkung der Sparkapitalien, die sich bei den Sparkassen und bei anderen Kreditinstitutionen, bei Versicherungen usw. ansammeln. Die gewerkschaftliche Forderung geht dahin, daß 80 Prozent dieser Mittel in diese Pläne eingesetzt werden. Das zweite, was wir fordern, ist die Investitionszwangsanleihe. Eine Investitionszwangsanleihe, sowohl aus Gewinnen als auch aus aufgebauschten Abschreibungen und Rückstellungen, und das ist wichtiger — ich will sofort noch ein Wort darüber sagen — in jenen Wirtschaftszweigen, deren weiterer Ausbau vielleicht überflüssig, wenn nicht volkswirtschaftlich ganz unerwünscht erscheint. Wir können uns keine weitere Selbstfinanzierung volkswirtschaftlich unwichtiger Industrien gestatten. Ganz abgesehen davon wurde neulich in der Fraktionssitzung mit Recht darauf hingewiesen, wenn man die Leute beliebig investieren läßt, brauchen diese Leute für ihre Anlageerweiterung ja auch Kohle und Stahl und Strom und Gas, also all' diese Dinge, die ja an sich schon zu wenig zur Verfügung stehen, so daß es durchaus logisch ist, wenn man sagt: wer erweitern will, soll gefälligst auch seinen Anteil dazu beitragen, daß wir aus diesen Engpaßbezirken herauskommen. Die so gesammelten Gelder sollen einem Sonderfonds zugeführt werden, aus dem dann eine gesteuerte Kapitallenkung zum Zwecke des Einsatzes in den Engpaßbezirken möglich ist.

Ich habe Bedenken — ich saß ja selber lange genug drin —, daß wir uns so mit der gegenwärtigen Kreditanstalt für Wiederaufbau assoziieren, wie es auch bei den Gewerkschaftsforderungen er-

scheint. Denn bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Wiederaufbaubank weiß ich aus eigener Erfahrung, daß hier Kapitalien vor allem nach rein bankmäßigen Prinzipien unter dem Gesichtspunkt größter banktechnischer Sicherheit und nicht nach volkswirtschaftlicher Bedürftigkeit eingesetzt werden. Wenn man gesehen hat, wie der Planer bei Professor Erhard, Günther Keiser, da mit seinen Plänen kam und ganz offensichtlich verlacht wurde und wie man doch nach anderen Gesichtspunkten die Kapitalien zumaß, dann müßten wir zumindest eine ganz andere Besetzung dieses Verwaltungsrats haben, da auf unserer Seite ja nur der Dudek sitzt. Agartz saß da und der verstorbene Böckler saß da; ich bin herausgewählt worden. Unsere Vertretung ist also dort denkbar gering und wir werden ohne weiteres überstimmt, so daß nach meinem Dafürhalten diese Kreditanstalt nicht ohne weiteres das uns richtig erscheinende Lenkungsorgan ist, um zu einer richtigen Steuerung dieser Investitionen zu gelangen.

Aber wichtiger als die Gewinne — und wenn wir die Gewinne herankriegen wollen, müssen wir ja einen Dividendenstopp einführen, den die Gewerkschaften bei nur vier Prozent vorgeschlagen haben — sind die Reserven und die Rückstellungen, die als Schutz gegen die Versteuerung unter mancherlei Verschleierungsform heute einen ganz außerordentlichen Umfang angenommen haben. Hier ließen sich ohne Zweifel noch große Mittel freimachen. Ich darf sofort darüber sprechen. Wir haben in der Fraktion darüber diskutiert, ob eine Zwangsanleihe besser sei als eine steuerliche Konfiskation. Wir haben uns im Wirtschaftspolitischen Ausschuß für diese Investitionsanleihe ausgesprochen, weil wir sagen, erstens sind Steuern immer odiös und zweitens besteht dann zu sehr die Gefahr, daß die dann doch nicht zweckgebunden bleiben und in den allgemeinen Staatstopf hineinwachsen. Drittens sagt man uns wieder: ihr erschlagt damit jede Unternehmerinitiative. Viertens befördert man die Kapitalflucht oder treibt diese Mittel in den Konsum hinein. Da erscheint es uns richtiger, man läßt diese Leute entweder Anleihekapitalien, Obligationen oder auch Aktien oder Kuxe der Grundstoffindustrien erwerben, was man vielleicht so machen kann, daß zunächst diese Bank, die dann einzusetzen wäre, Anleihen herausgibt und daß diese Anleihetitel später in Beteiligungen bei diesen Grundstoffindustrien umzuwandeln wären.

Rund zwei Drittel aller Investitionen sind bisher über die Selbstfinanzierung erfolgt. Allein im Jahre 1950 sind es 21 Milliarden gewesen, die man für Investitionen und für Lageraufstockungen verwandt hat, und ich sagte, seit der Währungsreform sind es 50 Milliarden gewesen. Das ist in das hineingesteckt worden, was wir einmal die konsumnahen Industrien nennen wollen, also praktisch in die Verbrauchsgüterproduktion, in den Handel, in das Transportgewerbe, in das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. Dort sind wesentliche Summen dieser Gelder verkonsumiert worden. Heute müssen wir zu Schwerpunktbildungen kommen und müssen sehen, daß wir diesem Kapitalstrom die andere Richtung geben. Die Gewerkschaften — ich bitte, das einmal zu überdenken — fordern in ihrem Gutachten, wenn ich richtig verstanden habe, ein generelles Investitionsverbot für zwei Jahre und sagen, es darf in diesen zwei Jahren überhaupt nichts investiert werden. Dort will man die Kapitalien ganz aus der Verfügungsgewalt des einzelnen Unternehmers herausbekommen, will sie ganz zu einem disponiblen Investitionsfonds machen. Genossen, politisch wäre das doch nicht durchzusetzen, und deshalb wäre die Frage die, ob man sich da nicht auf eine gewisse Quote einigen sollte. Zum Beispiel hat Abs 40 zu 60 vorgeschlagen; es kann auch eine andere Relation sein. Denkt doch daran, es gibt ja Ersatzinvestitionen, die durchgeführt werden müssen, so daß die Gewerkschaften auch zum Schluß sagen: es müssen natürlich Ausnahmen zugelassen werden. Es gibt ja Investitionen, die gegenwärtig laufen und die nicht einfach auf halber Strecke liegen bleiben können. Wenn man ein Haus baut, muß das Haus auch ein Dach bekommen, sonst ist es eine falsche Anwendung.

Ebenso wie die Gewinne nach Abzug der Steuern und vielleicht vierprozentigem Dividendenstock abzuführen sind, wären die Abschreibungen abzuführen, so daß wir aus Abschreibungen, aus Gewinnen, aus Versicherungseingängen und aus Spargeldern — die beiden letzten zu 80 Prozent erfaßt — ja diesen Kapitalstrom bilden, der dann in den Engpaßbezirken eingesetzt wird. Ich sage noch einmal: Abschreibungen und Gewinne, Sparkasseneingänge, Spargelder und Versicherungseingänge.

(Genosse Dobbert: Wie ist das größenordnungsmäßig, Sparkassen und Versicherungen? Wißt Ihr die Größe der Eingänge bei Sparkassen und bei Versicherungen in den letzten Monaten?)

— Gegenwärtig sehr, sehr dürftig; denn wir haben zur Zeit einen Entsparungsprozeß, der den Sparprozeß überwiegt. Das würde sich natürlich bei einer Preisstabilität ändern, weshalb ich ja sagte, diese Maßnahmen können nicht einzeln durchgeführt werden. Wenn man die Preise schießen läßt — das ist ein gutes Beispiel —, kommt man niemals zu Spargeldern.

Ich möchte noch darauf hinweisen, hinter der Fassade dieser sogenannten Abschreibungen hat sich fast ein schon revolutionär anmutendes Wachstum vollzogen. Das sind nicht nur Ersatzinvestitionen gewesen. Aus diesen Abschreibungen erwächst direkt die Gefahr einer Fehl- und einer Überinvestition, die zur Krise hinführen kann. Sehen Sie, diese überzähligen Abschreibungsquoten erscheinen ja heute gar nicht auf dem Kapitalmarkt, erscheinen nicht über die Banken und suchen dort eine anderweitige Anlagemöglichkeit; sondern weil alles nach frischem Lack riecht und weil man dem Zins keine besondere Bedeutung beimißt, sind die eben in die Betriebe hineingebaut worden, und man wird sie herausbrechen müssen. Ohne einen operativen Eingriff kommt man da nicht aus.

Die Kreditpolitik leidet an dogmatischer Starrheit!

Noch ein Wort zur Kreditpolitik. Die Kreditpolitik der Bank deutscher Länder — ich habe das in meiner Bundestagsrede absichtlich nicht angetippt, weil es ein heißes Eisen ist; aber hier muß darüber gesprochen werden — leidet an dogmatischer Starrheit. Diese Bank deutscher Länder ist immer wichtiger geworden. Irgendeiner übernimmt die Wirtschaftsführung, und weil Erhard versagt und sich als impotent erwiesen hat, ist praktisch die Wirtschaftsführung immer stärker an diese Bank deutscher Länder übergegangen. Aber diese Bank deutscher Länder unter Vocke, mit dem ich mich ja noch in Hamburg auf dem Sparkassentag gerauft habe, weigert sich, eine Umschaltung von einer nur auf Währungssicherung bedachten antiinflatorischen Politik auf eine, ich will mal sagen, antidellatorische Konjunkturpolitik vorzunehmen. Sie sagt, wir haben die einzige wirkliche Aufgabe, die Währung zu sichern und müssen uns deshalb von allen Experimenten fernhalten.

Wir dürfen um Gott nicht in den Verdacht geraten, daß wir Inflationsapostel sind, aber ich glaube, soweit sollten wir uns wenigstens verständigen, daß nur auf den Bremshebel zu treten und niemals Gas zu geben, daß nur die Politik der Geldverknappung nicht unter allen Umständen das Allheilmittel ist. Die Sorge, inflatorische Entwicklungen zu vermeiden, kann übertrieben werden; und wenn die gesamte Wirtschaft krank wird, wenn sie zum Beispiel im Sumpf von zwei Millionen Arbeitslosen verkommt, dann wird auch das Organ „Geld" krank. Deshalb bin ich der Ansicht, eine Kreditschöpfung innerhalb der güterwirtschaftlichen Elastizitätsgrenzen, wie man es heute nennt, also eine Kreditschöpfung innerhalb der Grenzen, innerhalb deren mit erweitertem Produkt auf diese Kreditschöpfung reagiert wird, ist ungefährlich, namentlich wenn man sich an einen Unterschied von Investitionskredit auf der einen Seite und von bloßem Lager- und Umsatzkredit auf der anderen Seite hält, dem man niemals durch die Kreditspritze aufhelfen kann. Aber wenn wir zum Beispiel im Bezirk von Recklinghausen und Oberhausen und Marl Kohlen-Pütts liegen haben, wo man mit relativ kleinem Einsatz von Mitteln zu einer nachweisbar stärkeren Förderung helfen könnte, dann macht mir niemand klar, daß es nicht zu verantworten wäre, in einem solchen Fall nicht auch durch eine Kreditschöpfung einzugreifen. Denn alle die anderen Mittel, die wir propagieren — machen wir uns keine Illusionen vor —, wirken natürlich langsam; es dauert lange, bis ein solcher Investitionsstock zustande kommt, mit dem wir den Bergbau modifizieren können usw.

Ich glaube, es ist nötig, die Bank deutscher Länder in die allgemeine Wirtschaftspolitik einzuordnen und ihr nicht mehr die Politik einer absoluten Kreditrestriktion zu ermöglichen. Genau so wie wir die Liberalisierung, über die wir gleich sprechen wollen, nicht zeitlos denken können, sondern wie man sagt: zu einer gewissen Zeit ist Liberalisierung gut und dann ist sie schlecht; genau so kann man sich nicht zeitlos für eine absolute Kreditrestriktion oder eine absolute Kreditexpansion entscheiden. Es führt zwischen Inflation und Deflation ein schmaler Grat, und der muß angepeilt werden und es muß sofort wieder zurückgezuckt werden, wenn man inflatorische Gefahren

sieht. Aber dieses konstruktive Wagnis wird ja von der Bank deutscher Länder gar nicht übernommen, die damit eine eigene Stellung einnimmt und sich der gesamten Wirtschaftspolitik überhaupt nicht unterordnet.

Die deutsche Außenhandelsverschuldung

Ich möchte vorschlagen, weil ihr ermüdet seid, was ich verstehen kann, daß ich das dritte Kapitel, worüber wir uns ohne weiteres verständigen — konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit —, vorläufig einmal auslasse und daß ich zum Schluß nur noch über das vierte spreche, über die Außenhandelsverschuldung, über die Einfuhrpolitik und Exportförderung und die Rohstofflenkung. Damit würde ich dann zu Ende sein. Genossen, ich glaube, wir sollten als Sozialdemokraten nicht prinzipiell liberalisierungsfeindlich sein. Wir sollten nicht vergessen, daß wir schließlich „alte Kämpfer" für die Idee eines weltweiten Freihandels sind. Wir sind gegen überflüssige Handelsschranken, wir sind für die Integration Westeuropas zu einer Wirtschaftseinheit. Nur ist diesem Liberalisierungsprinzip ja seit Ausbruch des Korea-Konflikts praktisch der Boden unter den Füßen weggezogen worden. Das ist unser Vorwurf: Wir haben eine Liberalisierung „als ob" getrieben; wir haben getan, als ob man jetzt noch liberalisieren könnte, und haben dadurch nutzlos Zeit verstreichen lassen, während wir jetzt sehen, daß die Einschwenkung ja doch vollzogen werden muß. Wie ich eben sagte, Liberalisierung ist an sich ein guter und richtiger, aber er ist kein zeitloser Gedanke. Er darf kein Einseitigkeitsgeschäft bleiben, und ich glaube, in dieser Liberalisierung — und das begreift auch das Volk heute — hat sich so leichtfertig Dilettantismus und eine Großmannssucht ausgetobt, die schon fast verbrecherisch wirkt. Uns kommt hier nicht die Rolle des forschen Schrittmachers und der Spitzenführung zu, und wir haben hier dem faulen Ehrgeiz von Professor Erhard schmerzliche Opfer bringen müssen. Er hat auch diese Dinge viel zu primitiv gesehen. Er hat gesagt, man muß nur den anderen tüchtig etwas abkaufen, dann werden die von uns entsprechend abnehmen. So haben wir Vorleistungen erbracht, die zu keiner guten Reaktion namentlich bei unseren europäischen Handelspartnern geführt haben. Die Liberalisierung des Außenhandels ist an die Bedingung

der Gegenseitigkeit zu knüpfen, an ein strikt an Gegenleistungen gebundenes Tempo; bei uns hat es aber keinerlei Abstimmung auf Tempo und Umfang gegeben. Die Liberalisierung ist durch eine Regulierung der Einfuhr zu begrenzen, soweit die Importe zu einer auf die Dauer nicht auszugleichenden Passivität unserer Handelsbilanz zu führen drohen und sich ein bedrohliches Schuldengebirge auftürmt. Es ist noch in jedem Monat so gewesen, daß unsere Einfuhrziffer höher als die Ausfuhrziffer war, daß unser Export hinterdrein hinkte, so daß uns jeder Monat eine zunehmende Außenhandelsverschuldung gebracht hat.

Nun glauben wir, man soll dem nicht mit dem Holzhammer einer allgemeinen Diskonterhöhung begegnen, indem man der Wirtschaft die vergiftende Medizin eines zehnprozentigen Diskonts verordnet; auch nicht begegnen durch ein allgemeines Anziehen der Bestimmungen über die Bardepots, sondern wir fordern, daß statt der generellen und völlig gleichmäßigen Beschränkung der Importe differenziert wird und daß man nicht lebenswichtige und entbehrliche Einfuhr in der gleichen Weise trifft, sondern daß man nach den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten einen Unterschied macht. Denn wenn man nur das Bardepot verteuert, dann haben wir die Lage, daß sich die Händler, weil sie sagen, die Preise steigen ja doch, Kapitalien mit einem Zinsfuß bis zu 20 Prozent beschaffen. Das wird natürlich später auf die Preise aufgeschlagen. So wirken gerade diese Bardepot-Bestimmungen, wenn sie noch schärfer angezogen werden, direkt preisvergiftend.

Zu der Rohstofflenkung ist zu sagen, daß mit bloß negativen Verwendungsverboten, wie sie Erhard durchgeführt hat, nicht auszukommen ist. Wir brauchen Produktionsauflagen und wir wollen eine Schaffung von klaren Prioritäten für bevorzugte Wirtschaftszweige haben. Wir müssen auch die Idee des Beimischungszwangs namentlich bei Textilien, die stärkere Verwendung einheimischer Rohstoffe heute anders als bisher ansehen. Ich will mich mit diesen Andeutungen begnügen.

Werte Genossen, wie ich neulich im Bundestag sagte, auch auf der Schiene der Liberalisierung kann man nicht ohne Fahrplan

fahren, und das ist eben bei uns geschehen. Wir haben uns mehr Luxus gegönnt, als wir uns im Augenblick im Hinblick auf unsere Ausfuhrsituation leisten konnten, und jetzt beschimpft man als Importsog, was doch nichts als eine Folge dieser planlosen Außenhandelspolitik ist, die uns um die Kreditwürdigkeit, die uns auch um unseren guten Ruf gebracht hat. Ihr werdet in den Zeitungen verfolgt haben, wie immer mehr Länder zu Repressalien greifen. Griechenland erschien gestern wieder, und hat erklärt, wir sollen uns nicht vorstellen, daß man sich diesen Importstopp einfach gefallen läßt, ohne daß man zu Gegenmaßnahmen greift. Wir sind praktisch vollkommen unter Kuratel unserer auswärtigen Gläubiger gestellt. Mir liegt der EZU-Bericht vor, und wen es interessiert, dem werde ich nachher die entsprechenden Punkte vorlesen.

Die Wirtschaftskrise gehört zum Wesen kapitalistischer Marktwirtschaft

Ich will abschließend noch einmal sagen, es gehört zum Wesen der kapitalistischen Marktwirtschaft, daß sie immer mit diesen ruckhaften Wendungen arbeitet. Das sind einmal die Preise, sind dann die Massenarbeitslosigkeit infolge Kreditrestriktion, dann die Außenhandelsverschuldung, dann der Liberalisierungsstopp — wieder eine Drehung um 180 Grad —, und da wir gegenwärtig in der Situation sind, daß nun alle Dinge uns über dem Kopf zusammenschlagen — sowohl die Arbeitslosigkeit mit 1,6 Millionen, darf ich noch einmal sagen, als auch die Preise als auch die Außenhandelsverschuldung; wir werden frühestens, heißt es, Einfuhrlizenzen im Juni zulassen können —, bedeutet das, glaube ich, daß wir die Arbeitslosigkeit in ganz verstärktem Umfang in die Ruhrbezirke hineinbekommen. Dort ist Arbeitslosigkeit etwas anderes — die menschliche Tragik ist die gleiche — als in Schleswig-Holstein. Denn dort besteht nicht jene Wehrlosigkeit, die bei den Unbeschäftigten in Schleswig-Holstein herrscht, sondern da bekommt Arbeitslosigkeit eine höchst gefährliche dynamische Kraft. Deshalb können wir uns da auf allerlei Dinge gefaßt machen. Da ist die Frage der Denkungswirtschaft, und ich möchte das nochmal mit aller Deutlichkeit herausarbeiten; denn dann sieht man am besten, daß das nichts mit Rationierung zu tun hat. Lenkungswirtschaft fragt ja lediglich: Kann man

29 Bibliothek Friedrich-Ebert-Stiftung

Steuerungseffekt nicht billiger haben, muß man sich denn immer in diesen Extremen bewegen, kann man denn nicht aus diesem Gießbach einen regulierten Kanal, kann man denn nicht aus diesem Wechselstrom einen Gleichstrom machen, muß denn die Wirtschaft immer erst wie ein Kuchen aufgehen und dann wieder wie ein Bovist platzen? Das sind die Fragen.

Das ist ungefähr das, was ich zur derzeitigen Wirtschaftssituation Ihnen zu sagen und was wir an konkreten Gegenvorschlägen zu entwickeln haben. Den Schumanplan durfte ich ausnehmen, darüber ist gestern gesprochen worden. Das wichtige Problem der gänzlichen Neuordnung von Eisen und Stahl ist auch ausgeklammert worden. Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen, wenn wir solch ein Sofortprogramm — das ist ein so hochtönender Ausdruck —, wenn wir solche Maßnahmen fordern und zur gegenwärtigen Wirtschaftssituation entwickeln, bleibt immer noch die Aufgabe ungelöst — ich will nicht sagen ein zeitloses, das gibt es nicht —, aber doch ein überzeitliches Wirtschaftsprogramm zu entwickeln, das mehr ist als eine bloß auf den Augenblick und die vorhandene Situation abgestellte Forderung. In diesem Programm, wären die Vorstellungen über Sozialisierung, über Erstreckungsbereiche und Methoden der Sozialisierung, über Wirtschaftsdemokratie in Betrieb und Wirtschaftsverwaltung und über die neue Wirtschaftsverfassung zu entwickeln. Ich darf mit aller Deutlichkeit sagen: gewöhnen wir uns doch die Vorstellung ab, daß die Entwicklung eines solchen Wirtschaftsprogramms Feiertagsarbeit sein kann, daß sich das in Wochenendkonferenzen durchführen läßt. Es besteht die Gefahr — ich will es übertrieben ausdrücken —, daß wir in theoretischer Bedürfnislosigkeit verschlampen, daß wir zu sehr dem Augenblick verhaftet bleiben. Was wir früher an Vorstellungen hatten, reicht doch nicht mehr aus. Wir können nicht mehr mit diesen säkularen Formeln auskommen, die uns Marx hinterließ: „Expropriation der Expropriateure, Vergesellschaftung der Produktionsmittel". — Punkt! Das entspricht nicht der gegenwärtigen Situation des Kapitalismus in unserer Zeit. Es geht nicht mehr um die Endziel-Philosophie, es geht um die Kilometersteine, die hinführen. Noch einmal: das können vom Tage abgehetzte und müde, nicht ausgeruhte Geister einfach nicht schaffen, sondern hier bleibt eine Aufgabe zu erfüllen, die wir nun endlich einmal mit anderen Methoden angreifen sollten.

Für eine Millionen-Partei braucht man auch auf wirtschaftlichem Gebiet einen Gehirntrust, ein Wirtschaftswissenschaftliches Instutut, oder nennt es, wie ihr wollt, das zusammenzusetzen und zu bilden ich als eine unserer vornehmsten Aufgaben betrachte.

Ich weiß, manches ist in der gegenwärtigen Zeit dringlicher gewesen. Ich denke an die außenpolitischen Debatten, an verfassungspolitische Debatten, an das Gespräch um den Wehrbeitrag usw.; aber bitte, vergeßt doch nicht, unsere eigentliche epochale Aufgabe ist die Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Auf diesem Boden dürfen unsere Waffen nicht schartig werden. Das ist der überzeitliche Auftrag, den wir bekommen haben.

DEINE ZEITUNG

Neuer Vorwärts

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Hauptblatt deutscher Politik

Erscheint jeden Freitag mit zahlreichen Originalbeiträgen führender Persönlichkeiten

Postbezug monatlich 1.20 DM mit Zustellgebühr

NEUER VORWÄRTS-VERLAG / HANNOVER